

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 46/2021

18. November 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen Az.: 32-S 2442/8/45-2021/61655 vom 15. Oktober 2021 Kirchensteuerbeschluss für das Bistum Görlitz (Anteil Freistaat Sachsen) vom 13. September 2021 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 1. Januar 20221431

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen Az.: 32-S 2442/6/46-2021/64191 vom 15. Oktober 2021 Kirchensteuerbeschluss für das Bistum Dresden-Meißen (Freistaat Sachsen) Vom 17. August 2021 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 1. Januar 20221433

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen Az.: 32-S 2442/9/57-2021/66621 vom 27. Oktober 2021 Beschluss zur Änderung des Landeskirchensteuerbeschlusses vom 11. Juli 2021 ...1435

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 1. November 20211437

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen (VwV Anwärtersonderzuschlag SMEKUL – VwV AnwSZ SMEKUL) vom 12. Oktober 20211439

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung von Maßnahmen zur privaten Hochwassereigenvorsorge (Förderrichtlinie private Hochwassereigenvorsorge – FRL pHWEV/2021) vom 2. November 20211440

Neunte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Landwirtschaft, Innovation, Wissenstransfer vom 2. November 20211443

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Änderung der RL Denkmalförderung vom 27. Oktober 20211444

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über den Stundensatz zur Gebührenberechnung der Prüfsachverständigen und Prüfämter sowie zur Honorarberechnung der Prüfsachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen und der Prüfsachverständigen für den Erd- und Grundbau vom 3. November 20211449

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -Bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Änderung der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagd Ausübungsberechtigten mit zusätzlichen Anordnungen für die in den Anlagen 1 und 2 genannten Gebiete in der Fassung vom 22. September 2021 vom 2. November 20211450

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Afrikanische Schweinepest (ASP) Festlegung des Kerngebietes und weitere Anordnungen vom 28. Oktober 20211452

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „Bautzner Straße von Prießnitzstraße bis Stolpener Straße einschließlich Brücke über die Prießnitz, HWSB ID-8738“ vom 25. Oktober 20211455

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Vorhaben „Hochwasserschutzmaßnahmen für Pockau an der Schwarzen Pockau“ – Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses – Gz.: C46-0522/193/41 vom 27. Oktober 20211457

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Absage des Erörterungstermins und die Durchführung einer Online-Konsultation anstelle des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zur wesentlichen Änderung des Stahlwerkes der ERVIN Germany GmbH am Standort Glaubitz Gz.: 44-8431/2230 vom 3. November 20211460

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der 1. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Pöhlbachtal“ vom 26. Oktober 20211462

Satzung zur 1. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Pöhlbachtal“ vom 2. Juli 20211462

Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis Leipzig über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Wyhratal vom 30. Januar 2017 vom 29. Oktober 20211463

3. Änderungssatzung vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung des „Abwasserzweckverbandes Wyhratal“ vom 30. Januar 20171464

Bekanntmachung des Landratsamtes Zwickau nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes“; konkret „8. Änderung des Planes nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes“ der Teilnehmergeinschaft Flurbereinigung Thierfeld, Landkreis Zwickau und Erzgebirgskreis Aktenzeichen 1470, 1473 – 780.4148 vom 1. November 20211465

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

Az.: 32-S 2442/8/45-2021/61655

Vom 15. Oktober 2021

Kirchensteuerbeschluss für das Bistum Görlitz (Anteil Freistaat Sachsen)

Vom 13. September 2021

in der Fassung der Neubekanntmachung vom 1. Januar 2022

1. Der Vomhundertsatz der Diözesankirchensteuer wird auf 9 v.H. der Einkommensteuer (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer) für das Kalenderjahr (Steuerjahr) für das Bistum Görlitz (Anteil Freistaat Sachsen) festgesetzt, höchstens jedoch auf 3,5 v.H. des zu versteuernden Einkommens.

Gehört der Ehegatte oder Lebenspartner eines Kirchensteuerpflichtigen keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft an und werden die Ehegatten oder Lebenspartner zur Einkommensteuer zusammenveranlagt, so beträgt die Kirchensteuer des kirchensteuerpflichtigen Ehegatten oder Lebenspartners höchstens 3,5 v.H. seines Anteils am gemeinsam zu versteuernden Einkommen.

Wird die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohnsteuer oder als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer erhoben, unterliegt diese Kirchensteuer nicht der Kappung. Dies gilt auch für die Kirchensteuer, die auf die nach § 32d Abs. 3 und 4 i. V. m. Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) ermittelte Einkommensteuer erhoben wird.

2. Vor der Berechnung der Kirchensteuer sind die Einkommensteuer und die Lohnsteuer als Bemessungsgrundlage nach Maßgabe des § 51a EStG zu ermitteln. Dies gilt entsprechend bei der Ermittlung der maßgebenden Bemessungsgrundlage für die Kappung und für das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft sowie zur Aufteilung der Bemessungsgrundlage in glaubensverschiedenen Ehen oder Lebenspartnerschaften. Bei der Ermittlung und Erhebung der Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer ist § 51a Abs. 2b bis 2e EStG anzuwenden.

3. Das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft bemisst sich nach folgender Tabelle:

Stufe	Bemessungsgrundlage (gemeinsam zu versteuerndes Einkommen) Euro	Besonderes Kirchgeld jährlich in Euro	Besonderes Kirchgeld monatlich in Euro
1	ab 40.000 bis 47.499	96	8
2	ab 47.500 bis 59.999	156	13
3	ab 60.000 bis 72.499	276	23
4	ab 72.500 bis 84.999	396	33
5	ab 85.000 bis 97.499	540	45

Stufe	Bemessungsgrundlage (gemeinsam zu versteuerndes Einkommen) Euro	Besonderes Kirchgeld jährlich in Euro	Besonderes Kirchgeld monatlich in Euro
6	ab 97.500 bis 109.999	696	58
7	ab 110.000 bis 134.999	840	70
8	ab 135.000 bis 159.999	1.200	100
9	ab 160.000 bis 184.999	1.560	130
10	ab 185.000 bis 209.999	1.860	155
11	ab 210.000 bis 259.999	2.220	185
12	ab 260.000 bis 309.999	2.940	245
13	ab 310.000 und mehr	3.600	300

Es ist eine Vergleichsberechnung zwischen der Kirchensteuer vom Einkommen und dem besonderen Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft durchzuführen, wobei der höhere Betrag festgesetzt wird. In den Vergleich ist die Kirchensteuer vom Einkommen nicht einzubeziehen, soweit sie auf der Einkommensteuer nach dem besonderen Steuertarif des § 32d EStG beruht. Die Kirchensteuer auf die Einkommensteuer nach dem besonderen Steuertarif des § 32d EStG ist zusätzlich zum besonderen Kirchgeld zu erheben.

4. Für die Bemessung der Diözesankirchensteuer bei Pauschalierung der Lohnsteuer nach §§ 40, 40a Abs. 1, Abs. 2a und 3 und § 40b EStG gilt:

- a) Wendet der Arbeitgeber das vereinfachte Verfahren an, so beträgt die vom Arbeitgeber zu übernehmende pauschale Kirchensteuer 5 v.H. der pauschalen Lohnsteuer sämtlicher Arbeitnehmer. Die so ermittelte pauschale Kirchensteuer, die vom Arbeitgeber in der Lohnsteuer-Anmeldung gesondert anzugeben ist, wird von der Finanzverwaltung im Verhältnis 18:82 auf die Konfessionen „römisch-katholisch“ und „evangelisch“ aufgeteilt.
- b) Wendet der Arbeitgeber das Nachweisverfahren an und weist nach, dass einzelne Arbeitnehmer keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft angehören, ist für diese Arbeitnehmer keine Kirchensteuer und für alle übrigen Arbeitnehmer Kirchensteuer i. H. v. 9 v.H. (allgemeiner Kirchensteuersatz) der pauschalen Lohnsteuer zu erheben. Diese Kirchensteuer ist grundsätzlich der jeweils kirchensteuererhebenden Körperschaft zuzuordnen. Kann der Arbeitgeber für einzelne Arbeitnehmer die Zuordnung zur jeweiligen kirchensteuererhebenden Körperschaft nicht vornehmen, gilt insoweit eben-

falls der allgemeine Kirchensteuersatz. Die Finanzverwaltung teilt dann die auf diese Arbeitnehmer entfallende Kirchensteuer entsprechend den Bestimmungen in Buchstabe a auf.

5. Die zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Lohnsteuer getroffenen Regelungen gelten zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Einkommensteuer nach § 37a und § 37b EStG sinngemäß.
6. Nummer 3 in der ab 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den Veranlagungszeitraum

2022. Nummer 4 Buchstabe a in der ab 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den laufenden Arbeitslohn, der für einen nach dem 31. Dezember 2021 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird und auf sonstige Bezüge, die nach dem 31. Dezember 2021 zufließen. Nummer 5 in der ab 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden bei Sachprämien und Sachzuwendungen, die nach dem 31. Dezember 2021 zufließen.

7. Dieser Kirchensteuerbeschluss tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Görlitz, den 13. September 2021

Wolfgang Ipolt
Bischof

Der vorstehende Kirchensteuerbeschluss vom 13. September 2021 ist nach § 5 Absatz 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82,

BStBl I S. 487), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, staatlich anerkannt.

Dresden, den 15. Oktober 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

Az.: 32-S 2442/6/46-2021/64191

Vom 15. Oktober 2021

Kirchensteuerbeschluss für das Bistum Dresden-Meißen (Freistaat Sachsen)

Vom 17. August 2021

i. d. F. der Neubekanntmachung vom 1. Januar 2022

1. Der Vomhundertsatz der Diözesankirchensteuer wird auf 9 v.H. der Einkommensteuer (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer) für das Kalenderjahr (Steuerjahr) für das Bistum Dresden-Meißen (Anteil Freistaat Sachsen) festgesetzt, höchstens jedoch auf 3,5 v.H. des zu versteuernden Einkommens.

Gehört der Ehegatte oder Lebenspartner eines Kirchensteuerpflichtigen keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft an und werden die Ehegatten oder Lebenspartner zur Einkommensteuer zusammenveranlagt, so beträgt die Kirchensteuer des kirchensteuerpflichtigen Ehegatten oder Lebenspartners höchstens 3,5 v.H. seines Anteils am gemeinsam zu versteuernden Einkommen.

Wird die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohnsteuer oder als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer erhoben, unterliegt diese Kirchensteuer nicht der Kappung von 3,5 v.H. des zu versteuernden Einkommens. Dies gilt auch für die Kirchensteuer, die auf die nach § 32d Abs. 3 und 4 i. V.m. Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) ermittelte Einkommensteuer erhoben wird.

2. Vor der Berechnung der Kirchensteuer sind die Einkommensteuer und die Lohnsteuer als Bemessungsgrundlage nach Maßgabe des § 51a EStG zu ermitteln. Dies gilt entsprechend bei der Ermittlung der maßgebenden Bemessungsgrundlage für die Kappung und für das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft sowie zur Aufteilung der Bemessungsgrundlage in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft. Bei der Ermittlung und Erhebung der Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer ist § 51a Abs. 2b bis 2e EStG anzuwenden.
3. Das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft bemisst sich nach folgender Tabelle:

Stufe	Bemessungsgrundlage gemeinsam zu versteuern- des Einkommen in €			Beson- deres Kirchgeld jährl. in €	Beson- deres Kirchgeld monatl. in €
1	40.000	bis	47.499	96	8
2	47.500	–	59.999	156	13
3	60.000	–	72.499	276	23
4	72.500	–	84.999	396	33
5	85.000	–	97.499	540	45
6	97.500	–	109.999	696	58
7	110.000	–	134.999	840	70
8	135.000	–	159.999	1.200	100

Stufe	Bemessungsgrundlage gemeinsam zu versteuern- des Einkommen in €			Beson- deres Kirchgeld jährl. in €	Beson- deres Kirchgeld monatl. in €
9	160.000	–	184.999	1.560	130
10	185.000	–	209.999	1.860	155
11	210.000	–	259.999	2.220	185
12	260.000	–	309.999	2.940	245
13	310.000	und mehr		3.600	300

Es ist eine Vergleichsberechnung zwischen der Kirchensteuer vom Einkommen und dem besonderen Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft durchzuführen, wobei der höhere Betrag festgesetzt wird. In den Vergleich ist die Kirchensteuer vom Einkommen nicht einzubeziehen, soweit sie auf der Einkommensteuer nach dem besonderen Steuertarif des § 32d EStG beruht. Die Kirchensteuer auf die Einkommensteuer nach dem besonderen Steuertarif des § 32d EStG ist zusätzlich zum besonderen Kirchgeld zu erheben.

4. Für die Bemessung der Diözesankirchensteuer bei Pauschalierung der Lohnsteuer nach §§ 40, 40a Abs. 1, Abs. 2a und 3 und § 40b EStG gilt:
- a) Wendet der Arbeitgeber das vereinfachte Verfahren an, so beträgt die vom Arbeitgeber zu übernehmende pauschale Kirchensteuer 5 v.H. der pauschalen Lohnsteuer sämtlicher Arbeitnehmer. Die so ermittelte pauschale Kirchensteuer, die vom Arbeitgeber in der Lohnsteuer-Anmeldung gesondert anzugeben ist, wird von der Finanzverwaltung im Verhältnis 18 : 82 auf die Konfessionen „römisch-katholisch“ und „evangelisch“ aufgeteilt.
- b) Wendet der Arbeitgeber das Nachweisverfahren an und weist nach, dass einzelne Arbeitnehmer keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft angehören, ist für diese Arbeitnehmer keine Kirchensteuer und für alle übrigen Arbeitnehmer Kirchensteuer in Höhe von 9 v.H. (allgemeiner Kirchensteuersatz) der pauschalen Lohnsteuer zu erheben. Diese Kirchensteuer ist grundsätzlich der jeweils kirchensteuererhebenden Körperschaft zuzuordnen. Kann der Arbeitgeber für einzelne Arbeitnehmer die Zuordnung zur jeweiligen kirchensteuererhebenden Körperschaft nicht vornehmen, gilt insoweit ebenfalls der allgemeine Kirchensteuersatz. Die Finanzverwaltung teilt dann die auf diese Arbeitnehmer entfallende Kirchensteuer entsprechend den Bestimmungen in Buchstabe a auf.

5. Die zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Lohnsteuer getroffenen Regelungen gelten zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Einkommensteuer nach § 37a und § 37b EStG sinngemäß.
6. Nummer 3 in der ab 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den Veranlagungszeitraum 2022. Nummer 4 Buchstabe a in der ab 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den laufenden Arbeitslohn, der für einen nach dem 31. Dezember 2021 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird und auf sonstige Bezüge, die nach dem 31. Dezember 2021 zufließen. Nummer 5 in der ab 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden bei Sachprämien und Sachzuwendungen, die nach dem 31. Dezember 2021 zufließen.
7. Dieser Kirchensteuerbeschluss tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Dresden, 17. August 2021

Heinrich Timmerevers
Bischof von Dresden-Meißen

Der vorstehende Kirchensteuerbeschluss vom 17. August 2021 ist nach § 5 Absatz 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82,

BStBl I S. 487), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, staatlich anerkannt.

Dresden, den 15. Oktober 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

Az.: 32-S 2442/9/57-2021/66621

Vom 27. Oktober 2021

Beschluss zur Änderung des Landeskirchensteuerbeschlusses

Vom 11. Juli 2021

Reg.-Nr.: 40110-1 (2) 38

Aufgrund von §§ 3 Absatz 1, 11 Absatz 1 des Kirchensteuergesetzes hat die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens Folgendes beschlossen:
Der Landeskirchensteuerbeschluss vom 10. April 2005 (ABl. S. A 129), zuletzt geändert durch Beschluss zur Änderung des Landeskirchensteuerbeschlusses vom 14. November 2016 (ABl. S. A 207), wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt I Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Sie beträgt, sofern im Folgenden nicht anders geregelt, 9 Prozent der Einkommensteuer, Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer, bei der Einkommensteuer jedoch höchstens 3,5 Prozent des im Steuerbescheid ausgewiesenen zu versteuernden Einkommens (Kappung).“

2. Abschnitt II wird wie folgt gefasst:

„(1) Für die Bemessung der Landeskirchensteuer bei der Pauschalierung der Lohnsteuer nach §§ 40, 40a Absatz 1, Absatz 2a und 3 und § 40b Einkommensteuergesetz gilt:

1. Wendet der Arbeitgeber das vereinfachte Verfahren an, so beträgt die vom Arbeitgeber zu übernehmende pauschale Kirchensteuer 5 Prozent der pauschalen Lohnsteuer sämtlicher Arbeitnehmer. Die so ermittelte pauschale Kirchensteuer, die vom Arbeitgeber in der Lohnsteuer-Anmeldung gesondert anzugeben ist, wird von der Finanzverwaltung im Verhältnis 18 : 82 auf die Konfessionen „römisch-katholisch“ und „evangelisch“ aufgeteilt.
2. Wendet der Arbeitgeber das Nachweisverfahren an und weist nach, dass einzelne Arbeitnehmer keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft angehören, ist für diese Arbeitnehmer keine Kirchensteuer und für alle übrigen Arbeitnehmer Kirchensteuer in Höhe von 9 Prozent (allgemeiner Kirchensteuersatz) der pauschalen Lohnsteuer zu erheben. Diese Kirchensteuer ist grundsätzlich der jeweils kirchensteuererhebenden Körperschaft zuzuordnen. Kann der Arbeitgeber für einzelne Arbeitnehmer die Zuordnung zur jeweiligen kirchensteuererhebenden Körperschaft nicht vornehmen, gilt insoweit ebenfalls der allgemeine Kirchensteuersatz. Die Finanzverwaltung teilt dann die auf diese Arbeitnehmer entfallende Kirchensteuer entsprechend den Bestimmungen in Nummer 1 auf.

(2) Die zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Lohnsteuer getroffenen Regelungen gelten zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Einkommensteuer nach § 37a und § 37b Einkommensteuergesetz sinngemäß.“

3. In Abschnitt III Absatz 1 wird die Tabelle durch die folgende Tabelle ersetzt:

Stufe	Bemessungsgrundlage (gemeinsam zu ver- steuerndes Einkommen)		Jähr- liches Kirchgeld	Monat- liches Kirchgeld
	Euro	Euro	Euro	Euro
1	40.000	bis 47.499	96	8
2	47.500	bis 59.999	156	13
3	60.000	bis 72.499	276	23
4	72.500	bis 84.999	396	33
5	85.000	bis 97.499	540	45
6	97.500	bis 109.999	696	58
7	110.000	bis 134.999	840	70
8	135.000	bis 159.999	1.200	100
9	160.000	bis 184.999	1.560	130
10	185.000	bis 209.999	1.860	155
11	210.000	bis 259.999	2.220	185
12	260.000	bis 309.999	2.940	245
13	310.000	und mehr	3.600	300

4. Dem Abschnitt IV wird folgender Absatz 6 angefügt:
„Abschnitt II Absatz 1 in der am 31. Dezember 2021 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den laufenden Arbeitslohn, der für einen nach dem 31. Dezember 2021 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird und auf sonstige Bezüge, die nach dem 31. Dezember 2021 zufließen. Abschnitt II Absatz 2 in der am 31. Dezember 2021 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden bei Sachprämien und Sachzuwendungen, die nach dem 31. Dezember 2021 zufließen. Abschnitt III Absatz 1 in der am 31. Dezember 2021 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den Veranlagungszeitraum 2022.“

5. Dieser Beschluss tritt am 31. Dezember 2021 in Kraft.

Der vorstehende Beschluss wird hiermit vollzogen und verkündet.

Die Kirchenleitung
Der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens
Tobias Bilz
Landesbischof

Der vorstehende Beschluss vom 11. Juli 2021 ist nach § 5 Absatz 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82, BStBl I S. 487), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, staatlich anerkannt.

Dresden, den 27. Oktober 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020

Vom 1. November 2021

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und wird auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Dazu werden im Förderzeitraum 2014 bis 2020 über den ESF beschäftigungspolitisch wirksame Vorhaben zur Förderung folgender thematischer Ziele mittels Zuschüssen unterstützt:

- Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung,
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Umsetzung der Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen, einschließlich von innovativen Kleinstunternehmen sowie innovativen kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel,
- Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter (formale, nicht formale und informale) Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird,
- Verbesserung der Qualität und Effizienz von, und Zugang zu, Hochschulen und gleichwertigen Einrichtungen zwecks Steigerung der Zahl der Studierenden und der Abschlussquoten, insbesondere für benachteiligte Gruppen,
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von der Bildung zur Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipation des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der

nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Beachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels sind Grundsätze der ESF-Förderung, die bei der Konzipierung und Umsetzung der ESF-Vorhaben zu berücksichtigen sind. Soziale Innovation und transnationale Zusammenarbeit stellen Querschnittsaufgaben dar, die vorhabensbezogen die Ziele des ESF unterstützen können.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden

Telefon 0351 4910-4930

Telefax 0351 4910-4000

E-Mail: servicecenter@sab.sachsen.de

Internet: www.sab.sachsen.de

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF-Förderrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die Fördermöglichkeiten in den jeweiligen Vorhabensbereichen näher erläutern. Informationen zur Beachtung der Grundsätze und Querschnittsaufgaben des ESF werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen fachspezifischen Förderrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder ein Wettbewerbsverfahren mit Stichtagen. Darüber hinaus kann ein zweistufiges Antragsverfahren zugelassen sein, bei welchem bereits Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen werden, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Des Weiteren können Stellungnahmen von Fachstellen hinzugezogen werden, um die Bewilligungsstelle zu beraten.

Die Bewertung erfolgt mindestens nach folgenden Kriterien, die präzisiert und ergänzt werden können. Diese fließen mit der angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - Ausgangssituation, Bedarf
 - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
 - konkrete Zielbeschreibung
 - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
 - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer

- Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
 - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
 - Verantwortlichkeiten
 - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
 - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
 - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Benennung zu erwartender Ergebnisse
 - Dokumentation der Ergebnisse
 - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
 - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
 - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
 - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
 - Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zu den ESF-Grundsätzen

- Umwelt- und Ressourcenschutz
 - Gleichstellung von Frauen und Männern
 - Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung der Grundsätze (Umwelt- und Ressourcenschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung) beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.

Bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden außerdem Vorhaben, die die Umsetzung der Querschnittsaufgaben:

- Soziale Innovation
 - Transnationale Zusammenarbeit
- beinhalten.

Sofern eine positive Stellungnahme der lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben der lokalen Entwicklung vorliegt, wird diese berücksichtigt. Die Antragsstellen in den anerkannten LEADER-Gebieten finden Sie hier:
<https://www.smul.sachsen.de/foerderung/3663.htm>

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien ESF-Auswahlverfahrens im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 1. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marth
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen (VwV Anwärtersonderzuschlag SMEKUL – VwV AnwSZ SMEKUL)

Vom 12. Oktober 2021

Aufgrund von § 73 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, erlässt das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen folgende Verwaltungsvorschrift:

bahn verbleibt, für welche die Befähigung erworben wurde oder wenn das Beamtenverhältnis nach Bestehen der Laufbahnprüfung endet, in derselben Laufbahn in ein neues Beamtenverhältnis zum Freistaates Sachsen für mindestens die gleiche Zeit eintritt. Die Laufbahn bestimmt sich nach der Fachrichtung und dem fachlichen Schwerpunkt.

I. Personenkreis

Der Anwärtersonderzuschlag kann Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der ersten und zweiten Einstiegsebene der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Agrar- und Forstverwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt landwirtschaftlicher Dienst gewährt werden. Der Anwärtersonderzuschlag darf nur gezahlt werden, wenn zum Zeitpunkt der Einstellung in den Vorbereitungsdienst ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besteht. Die Einstellungsbehörde dokumentiert im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zum Vorbereitungsdienst das Vorliegen des erheblichen Mangels an Bewerbungen im Sinne von Satz 1 in geeigneter Weise. Der Zuschlag wird für die Dauer des gesamten Vorbereitungsdienstes gezahlt.

II. Höhe des Anwärtersonderzuschlages

Der Anwärtersonderzuschlag beträgt monatlich 35 Prozent des zustehenden Anwärtergrundbetrages.

III. Auflagen

Der Anwärtersonderzuschlag wird mit den Auflagen gewährt, dass die Anwärterin oder der Anwärter

1. nicht vor Abschluss des Vorbereitungsdienstes oder wegen schuldhaften Nichtbestehens der Laufbahnprüfung aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet und
2. nach Bestehen der Laufbahnprüfung mindestens fünf Jahre im Dienst des Freistaates Sachsen in der Lauf-

IV. Rückforderung

Werden die in Ziffer III genannten Auflagen aus Gründen nicht erfüllt, welche die Beamtin oder der Beamte zu vertreten hat, ist der Anwärtersonderzuschlag in voller Höhe zurückzuzahlen. Der Rückzahlungspflicht unterliegt der Bruttobetrag. Der Rückforderungsbetrag vermindert sich für jedes nach Bestehen der Laufbahnprüfung abgeleistete volle Dienstjahr um jeweils ein Fünftel.

V. Ergänzende Vorschriften

Ziffer II Nummer 73.2.1 bis 73.2.6 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 17. November 2015 (SächsABl. SDr. 2016 S. S 2), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

VI. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft.

Dresden, den 12. Oktober 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung von Maßnahmen zur privaten Hochwassereigenvorsorge (Förderrichtlinie private Hochwassereigenvorsorge – FRL pHWEV/2021)

Vom 2. November 2021

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen für Maßnahmen der privaten Vorsorge zur Reduzierung des Schadenspotenzials bei Extremereignissen wie Hochwasser, Starkregen/Sturzfluten an Wohngebäuden, die insbesondere in Gebieten liegen, die nicht oder nicht ausreichend durch öffentliche Hochwasserschutzmaßnahmen geschützt werden.

Der Freistaat Sachsen gewährt finanzielle Unterstützungen nach Maßgabe dieser Richtlinie und unter Berücksichtigung folgender Grundlagen in der jeweils geltenden Fassung:

1.1 Grundsätzlich gelten:

- a) die Sächsische Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist,
- b) die Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352),
- c) des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist.

1.2 Beihilfenrecht

Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 1) handelt, werden diese nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen sowie deren Nachfolgebestimmungen in der jeweils geltenden Fassung gewährt:

- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 251 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist,
- Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung

der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 (ABl. L 51I vom 22.2.2019, S. 1) geändert worden ist,

- Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15) geändert worden ist.

- 1.3 Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht. Über die Gewährung von Zuwendungen entscheidet die Bewilligungsstelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Richtlinie.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Investive Maßnahmen

Maßnahmen zur Minderung des Schadenspotenzials an Bestandsgebäuden auf Grundlage eines schriftlichen Gutachtens nach Nummer 2.2.

2.2 Nichtinvestive Maßnahmen

Erstellung eines schriftlichen Gutachtens zur Ermittlung des gebäudespezifischen Überflutungsrisikos mit konkreten Maßnahmenvorschlägen zur Erreichung einer signifikanten Minderung des Schadenspotenzials mit den in der Anlage 1 aufgeführten Mindestanforderungen.

3. Begünstigte

Eigentümer sowie Erbbauberechtigte eines Grundstücks mit Bestandsgebäude.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Werden Zuwendungen aus Finanzierungsquellen mit besonderen Zweckbestimmungen oder Zuwendungsbedingungen finanziert, so sind die dafür gültigen Fördergrundsätze, Gebietskulissen und Verfahrensbestimmungen vorrangig oder zusätzlich zu beachten, soweit diese strengere Anforderungen vorsehen. Insofern sind Abweichungen von dieser Richtlinie zugelassen.

- 4.2 Investive Maßnahmen nach Nummer 2.1 können nur gefördert werden, wenn sie auf Grundlage eines Gutachtens mit den in der Anlage 1 aufgeführten Mindestanforderungen bezogen auf ein in dem Gut-

achten empfohlenes Schutzziel vollständig umgesetzt werden.

Investive Maßnahmen im Sinne von Nummer 2.1 können auch gefördert werden, wenn das Gutachten nach Nummer 2.2 bereits vor Inkrafttreten dieser Förderrichtlinie erstellt wurde.

- 4.3 Maßnahmen können nur gefördert werden, wenn das Gebäude überwiegend zu Wohnzwecken genutzt wird und sich auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen befindet.

- 4.4 Nicht förderfähig sind Maßnahmen an
- Ferien- beziehungsweise Wochenendhäusern,
 - Gebäuden, die ohne eine erforderliche Genehmigung oder Anzeige des Bauvorhabens errichtet wurden,
 - Gebäuden, mit deren Bau nach Inkrafttreten dieser Richtlinie begonnen wurde,
 - Gebäuden, die nach dem 20. Oktober 2004 in mit Rechtsverordnung oder gemäß gesetzlicher Festsetzung nach dem Sächsischen Wassergesetz vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, festgesetzten Überschwemmungsgebieten errichtet oder mit notwendiger Baugenehmigung grundhaft saniert oder erweitert wurden, es sei denn, es handelte sich dabei um einen städtebaulich erwünschten Lückenschluss innerhalb historisch gewachsener Gemeindegebiete. Dies ist von der Gemeinde zu bestätigen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- 5.1 Zuwendungs- und Finanzierungsart
Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Zuschuss in Form einer Anteilfinanzierung gewährt. Die Zuwendung ist bei der Bewilligung auf einen Höchstbetrag zu begrenzen.

5.2 Höhe der Zuwendung

- 5.2.1 Die Höhe der Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.1 beträgt bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Zuwendung wird begrenzt auf 20.000 Euro je Gebäude.
- 5.2.2 Die Höhe der Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.2 beträgt bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Zuwendung wird begrenzt auf 1.200 Euro je Gebäude.
- 5.2.3 Abweichend zu Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung können die Maßnahmen nach Nummer 2.2 ab einer Mindestzuwendungssumme von 500 Euro gefördert werden.

5.3 Bemessungsgrundlage

- 5.3.1 Zuwendungsfähige Ausgaben
Zuwendungsfähig sind Ausgaben für:
- a) Baumaßnahmen (einschließlich erforderlicher Planungsleistungen) und technische Ausstattung bei Nummer 2.1,
 - b) die Erstellung des Gutachtens bei Nummer 2.2.
- 5.3.2 Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für:
- a) Eigenleistungen,
 - b) Versicherungsbeiträge,
 - c) Rechts-, Steuer- und sonstige Beratungsleistungen einschließlich Besichtigungsreisen,
 - d) Kapitalbeschaffung und Zwischenfinanzierung, einschließlich Zinsen,

- e) Abschreibungen,
- f) laufende Unterhaltung und Instandhaltung,
- g) Grundstücke und Grundstückserwerb,
- h) Kosten für behördliche Genehmigungen.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Es gilt ergänzend zu den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P, Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) beziehungsweise Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K, Anlage 3a zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) folgende Nebenbestimmung:
Die Begünstigten haben die notwendigen rechtlichen Genehmigungen einzuholen.

- 6.2 Eine Förderung nach dieser Richtlinie kann durch andere Förderprogramme der Gemeinde, des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union ergänzt werden, sofern dies die Fördervorschriften der anderen Programme zulassen und die Gesamtsumme aller Fördermittel die Summe der förderfähigen Gesamtausgaben nicht übersteigt.

7. Verfahren

7.1 Antragsverfahren

Die Anträge für die Maßnahmen nach den Nummern 2.1 und 2.2 sind jeweils bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) als der zuständigen Bewilligungsstelle unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens einzureichen (www.sab.sachsen.de). Dem Antrag sind die erforderlichen Unterlagen vollständig beizufügen.
Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen von den antragstellenden Personen anfordern, sofern diese zur Beurteilung der Förderfähigkeit der Maßnahme erforderlich sind.

7.2 Bewilligungsverfahren

Die Bewilligung erfolgt durch die SAB.
Soll im Einzelfall von Bestimmungen in Nummer 4 abgewichen werden, unterbreitet die Bewilligungsstelle dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft einen begründeten Entscheidungsvorschlag. Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft kann Abweichungen zulassen, soweit dies unter Würdigung der Umstände des Einzelfalles in Abwägung mit den Förderzielen und sonstigen Bestimmungen der Richtlinie zu gleichwertigen Ergebnissen führt.

7.3 Auszahlungsverfahren

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt nach Abschluss der (Teil-) Verwendungsnachweisprüfung auf der Grundlage der endgültig festgesetzten zuwendungsfähigen Ausgaben. Teilauszahlungen können insbesondere für die Umsetzung einzelner Schutzziele im Sinne von Nummer 4.2 zugelassen werden. Der Auszahlungsantrag ist formgebunden bei der Bewilligungsstelle einzureichen. Die Unterlagen sind unter www.sab.sachsen.de veröffentlicht.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1 ist mit dem Verwendungsnachweis die schriftliche Bestätigung eines Gutachters vorzulegen, dass die Schutzziele der bewilligten Maßnahmen umgesetzt wurden.

Bei Maßnahmen nach Nummer 2.2 besteht der Verwendungsnachweis aus dem erstellten Gutachten, der Rechnung des Gutachters und dem Zahlungsnachweis.

7.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die

Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten im Übrigen die Verwaltungsvorschriften zu §§ 44, 44a der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

8. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 2. November 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Anlage

(zu Nummer 2)

I. Das Gutachten nach Nummer 2 muss die folgenden Kriterien erfüllen:

1. Ermittlung der ortsspezifischen Gegebenheiten mit mindestens einer nachweislich durchgeführten Ortsbegehung durch den Gutachter,
2. es muss eine Bewertung der Überflutungsgefährdung infolge Starkregen und Hochwasser vorliegen,
3. es muss eine systematische Betrachtung der potenziellen Wassereintrittspunkte erfolgen,
4. die objektive Bewertung der Schadensanfälligkeit (Baukonstruktion, Gebäudetechnik, Nutzungsart) muss nach eindeutigen Kriterien im Ausgangszustand erkennbar sein,
5. unter Beachtung der örtlichen und konstruktiven Randbedingungen muss die gemeinsame Festlegung eines Schutzziels (zum Beispiel Wasserstandshöhe mit Auftretenswahrscheinlichkeit) erfolgen,
6. es muss ein objektkonkretes, ganzheitliches Bauvorsorgekonzept des Gutachters bestehen,
7. die Wirksamkeit der Vorsorgemaßnahmen im Zielzustand muss nachweisbar sein.
Wenn dies technisch möglich und umsetzbar ist, sollten
 - die Maßnahmen wirtschaftlich vertretbar sein,

- technisch tragfähige und nachhaltige Lösungen angestrebt werden,
- sowie der Klimawandel beachtet werden.

II. Der Gutachter muss die folgenden Kriterien/Voraussetzungen im Gutachten prüfen:

1. das Gebäude liegt innerhalb oder außerhalb eines rechtskräftig festgesetzten Überschwemmungsgebietes,
2. Bestätigungen nach Nummer 4.3.

III. Voraussetzungen für die Erstellung des Gutachtens:

Die Erstellung des Gutachtens muss durch entsprechend qualifiziertes Fachpersonal erfolgen. Dieses sollte ein Studium mit ingenieurtechnischer Ausrichtung (Bauingenieurwesen, Siedlungswasserwirtschaft) und entsprechender Spezialisierung oder einen Abschluss als Meister oder Umwelttechniker mit entsprechender Berufserfahrung vorweisen können.

**Neunte Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
zur Änderung der Förderrichtlinie
Landwirtschaft, Innovation, Wissenstransfer**

Vom 2. November 2021

I.

**Änderung der Förderrichtlinie Landwirtschaft,
Innovation, Wissenstransfer**

Die Förderrichtlinie Landwirtschaft, Innovation, Wissenstransfer vom 15. Dezember 2014 (SächsABl. SDr. 2015 S. S 74), die zuletzt durch die Richtlinie vom 30. April 2021 (SächsABl. S. 551) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 414), wird wie folgt geändert:

1. In Teil A wird die Angabe „22. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 20)“ durch die Angabe „16. April 2021 (SächsABl. S. 434)“ ersetzt.
2. Teil B Ziffer II wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1.3 Buchstabe b, Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „Artikel 10 des Gesetzes vom 11. Februar 2021 (BGBl. I S. 154)“ durch die Angabe „Artikel 85 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 1.5 Buchstabe h wird die Angabe „Artikel 40 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586)“ durch die Angabe „Artikel 136 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)“ ersetzt.
 - c) In Nummer 1.7 Buchstabe h wird der Wert „3 Millionen“ durch den Wert „5 Millionen“ ersetzt.
 - d) In Nummer 2.3.2 Buchstabe a wird die Angabe „vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931),“ gestrichen und nach der Angabe „I S. 920),“ die Angabe „zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591),“ eingefügt.
3. Teil C wird wie folgt geändert:
 - a) In Ziffer III Nummer 2 Buchstabe c wird die Angabe „Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328)“ durch die Angabe „Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2947“ ersetzt.
 - b) In Ziffer V Nummer 3 wird die Angabe „Artikel 5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 [BGBl. I

S. 846]“ durch die Angabe „Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 [BGBl. I S. 2154]“ ersetzt.

4. Anlage 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 4 wird die Angabe „2021/399 (ABl. L 79 vom 8.3.2021, S. 1)“ durch die Angabe „2021/1017 (ABl. L 224 vom 24.6.2021, S. 1)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 6 wird die Angabe „2020/1009 (ABl. L 24 vom 13.07.2020, S. 1)“ durch die Angabe „2021/73 (ABl. L 27 vom 27.1.2021, S. 9)“ ersetzt.
 - c) In Nummer 7 wird die Angabe „2020/1009 (ABl. L 224 vom 13.7.2020, S. 1)“ durch die Angabe „2021/540 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 15)“ ersetzt.
 - d) In Nummer 9 wird die Angabe „2017/723 (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 1)“ durch die Angabe „2021/841 (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 12)“ ersetzt.
 - e) In Nummer 10 wird die Angabe „2018/967 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 2)“ durch die Angabe „2021/1336 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 6)“ ersetzt.
 - f) In Nummer 11 wird die Angabe „2019/936 (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 58)“ durch die Angabe „2021/1337 (ABl. L 289 vom 12.08.2021, S. 9)“ ersetzt.
5. Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 4.1 wird die Angabe „Artikel 5 Absatz 3 des Gesetzes vom 9. März 2021 (BGBl. I S. 327)“ durch die Angabe „Artikel 10 Absatz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3274)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 14 wird die Angabe „14. Dezember 2018 [SächsGVBl. S. 782]“ durch die Angabe „21. Mai 2021 [SächsGVBl. S. 578]“ ersetzt.

II.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 2. November 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Änderung der RL Denkmalförderung

Vom 27. Oktober 2021

I. Änderung der RL Denkmalförderung

Die RL Denkmalförderung vom 31. August 2019 (SächsABl. S. 1246), die durch die Richtlinie vom 7. Juli 2020 (SächsABl. S. 884) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 339), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 Unterabschnitt 1 Satz 2 werden die Wörter „das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. August 2019 (SächsGVBl. S. 644) geändert worden ist“ durch die Wörter „das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist“ ersetzt.
 - b) In Nummer 2 Unterabschnitt 2 werden die Wörter „die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist“ durch die Wörter „die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist“ und die Wörter „die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 31. Juli 2019 (SächsABl. S. 1209) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2017 (SächsABl. SDR. S. S 378)“ durch die Wörter „die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352)“ ersetzt.
2. Ziffer V wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Festbetragsfinanzierung“ die Angaben „nach Nummer 5 Buchstabe d“ angefügt.
 - b) In Nummer 3 Buchstabe a werden die Wörter „nicht rückzahlbarer“ gestrichen.
 - c) In Nummer 5 Buchstabe a wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:
„Ein Ausnahmefall kann bei einem besonderen öffentlichen Interesse an der Förderung vorliegen, zum Beispiel im Falle der dringenden Notwendigkeit

der Maßnahme oder der besonderen Bedeutung des Kulturdenkmals.“

3. Ziffer VII Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
„Anforderungs- und Auszahlungsverfahren
Die Bewilligungsbehörde kann Auszahlungen leisten, soweit dies nach Nummer 1.4 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung, nach Nummer 1.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften oder nach zu diesen Nebenbestimmungen ergangenen Ausführungsregelungen zugelassen ist.“
4. Anlage 1 erhält die aus dem Anhang zu dieser Richtlinie ersichtliche Fassung.
5. Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 10 wird folgende Nummer 11 eingefügt:
„11. Nutzung des Kulturdenkmals:
Das Objekt wird bisher wie folgt genutzt:

- b) Die bisherigen Nummern 11 und 12 werden Nummern 12 und 13.

Die Nutzung wird zukünftig wie folgt sein:
☐ privat (z. B. Wohnzwecke in Eigennutzung)
☐ wirtschaftlich (z. B. Vermietung oder Verpachtung)
☐ gemischte Zwecke (z. B. eigene Wohnzwecke und Gewerbe)“

II. Inkrafttreten, Übergangsregelung

1. Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
2. Anlage 1 in der bisherigen Fassung ist für das Verfahren zur Bewilligung von Haushaltsmitteln für das Jahr 2021 anwendbar, wenn eine Bewertung beziehungsweise Priorisierung der Anträge stattgefunden hat.

Dresden, den 27. Oktober 2021

Der Staatsminister für Regionalentwicklung
Thomas Schmidt

Anhang

(zu Ziffer I Nummer 4)

Anlage 1

(zu Ziffer V Nummer 4 Buchstabe a und Ziffer VII Nummer 1 Buchstabe c)

Mehrkostenkatalog Liste der denkmalbedingten Mehraufwendungen (Freistaat Sachsen)

Vorbemerkungen:

Soweit sich der Gegenstand eines Förderantrags nach dieser Richtlinie nicht diesem Katalog zuordnen lässt, ist der denkmalbedingte Mehraufwand von der Bewilligungsbehörde im Rahmen einer pflichtgemäßen Ermessensausübung gesondert festzustellen. Dabei sind die Gegenstände dieses Kataloges soweit wie möglich zur Orientierung heranzuziehen.

Sind Abbruchmaßnahmen und die dafür erforderliche Entsorgung sowie Reinigungsmaßnahmen aufgrund denkmalrechtlicher Vorgaben im Gesamtkontext der Maßnahmen, insbesondere für weitere Sanierungsmaßnahmen, erforderlich und in der denkmalrechtlichen Genehmigung verankert, so sind die Kosten als Bestandteil des dazugehörigen Gewerkes im entsprechenden Umfang förderfähig.

Inhaltsübersicht

1. Baustelleneinrichtung
2. Erdarbeiten
3. Gerüstbauarbeiten
4. Bauwerksabdichtung gegen Feuchtigkeit
5. Maurer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten
6. Naturwerksteinarbeiten/Lehmbauarbeiten
7. Zimmermannsarbeiten
8. Stahlbau-, Metallbau-, Schmiede- und Schlosserarbeiten
9. Dachdeckungsarbeiten
10. Klempnerarbeiten
11. Putzarbeiten
12. Stuckarbeiten
13. Fliesen- und Plattenarbeiten
14. Tischlerarbeiten
15. Parkettarbeiten
16. Glaserarbeiten/Fensterbau
17. Malerarbeiten
18. Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen an Bau- und Kunstdenkmälern
19. Maßnahmen an (derzeit) nicht nutzbaren Objekten
20. Orgeln, Glocken, Läuteanlagen und Uhren
21. Restaurierungsmaßnahmen an technischen Denkmälern
22. Bildhauerische Arbeiten
23. Restaurierungsmaßnahmen an archäologischen Denkmälern
24. Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen an historischen Gärten und Landschaftsbau
25. Maßnahmen an Archivgut
26. Maßnahmen zur Klimatisierung und ähnlich gelagerten Maßnahmen
27. Baunebenkosten/Statik

Leistungsbereiche

1.	Baustelleneinrichtung	
	Baustelleneinrichtung einschließlich Baufreimachung	25 %
2.	Erdarbeiten	
	Kosten für Erdarbeiten, außer für solche, die ausschließlich für Maßnahmen der Kostengruppe 400 nach DIN 276 (Bauwerk und technische Anlagen) dienen	75 %
3.	Gerüstarbeiten	
3.1	Kosten für Gerüstarbeiten bzw. Gerüstkonstruktionen, außer für solche, die ausschließlich für Maßnahmen der Kostengruppe 400 nach DIN 276 (Bauwerk und technische Anlagen) dienen	75 %
3.2	Einfache Gerüstkosten	25 %
4.	Bauwerksabdichtung gegen Feuchtigkeit	
	Kosten für Mauerwerksabdichtung	75 %
5.	Maurer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten	
5.1	Risssanierung, reine Ausbesserungsarbeiten und erforderliche statisch-konstruktive Maurer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten	100 %
5.2	Sonstige Kosten für Maurer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten, wenn diese Arbeiten ausschließlich oder überwiegend der Erhaltung des Denkmals dienen	75 %
6.	Naturwerksteinarbeiten/Lehmbauarbeiten	
6.1	Steinrestauratorische Erhaltungs-, Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen (z. B. reine Festigungs- und Schutzmaßnahmen) an Naturwerksteinen sowie Reparaturmaßnahmen und die originale Wiederherstellung der Lehmbausubstanz	100 %
6.2	Sonstige Naturwerkstein- und Lehmbauarbeiten	75 %
6.3	Besondere Reinigungsverfahren an Naturwerksteinen	50 %
6.4	Neubau (komplette Neuleistung) von Natursteinelementen nach historischem Vorbild	50 %
7.	Zimmermannsarbeiten	
7.1	Reparatur und Ergänzung von Zierelementen (Zierfachwerkteile, Schnitzarbeiten)	100 %
7.2	Zimmermannsmäßige Instandsetzung und Reparatur von Holzkonstruktionen, Dachtragwerken/Dachgefügen, historischen Treppen und Holzböden (bspw. Dielen- und Riemenböden) und Außenwandverkleidungen (z. B. Holzschindeln, in Form oder Konstruktion aufwendige Stülpschalung) sowie Schwammsanierung	75 %
7.3	Neubauleistungen nach historischem Vorbild (komplette Neuleistung)	50 %
8.	Stahlbau-, Metallbau-, Schmiede- und Schlosserarbeiten	
8.1	Reparatur und Ergänzung von Zierelementen	100 %
8.2	Reparatur und Ergänzung an historischen Metallteilen und Metallkonstruktionen sowie Hilfskonstruktionen zur Erhaltung historischer Substanz (z. B. Stahlunterzüge)	75 %
8.3	Sonstige Stahlbau-, Metallbau-, Schmiede- und Schlosserarbeiten	50 %
9.	Dachdeckungsarbeiten	
9.1	Erhaltung einschließlich Reparatur vorhandener historischer Dachdeckung (einschließlich Abnehmen und Sortieren)	100 %
9.2	Erneuerung inklusive Lattung und Schalung	75 %
10.	Klempnerarbeiten	
10.1	Reparatur und Ergänzung von Zier- und profilierten Werkstücken sowie Verblechungen und Blechabdeckungen zur Sicherung von Zierelementen Dachentwässerungen	100 %
10.2	Wiederherstellung von historisch vorgegebenen Ausführungen bei Sonderkonstruktionen (z. B. Erkerdächer, Turmhelme)	75 %
10.3	Reparatur, Instandsetzung und rekonstruierende Wiederherstellung von Dachentwässerungen sowie übrige Klempnerarbeiten Dachentwässerungen (auch Schneefanggitter)	50 %
11.	Putzarbeiten	
11.1	Erhaltung, Festigung, Ergänzung und Reparatur historischer Putze und Putzgliederungen, Gesimsen, Lisenen und Profilen	100 %

11.2	Putzarbeiten nach besonderer historischer Handwerkstechnik, Materialzusammensetzung oder Oberflächenstruktur	75 %
11.3	Putzarbeiten am Sichtfachwerk, flächenhafte Innen- und Außenputze	50 %
12.	Stuckarbeiten	
12.1	Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen an Stuckdekorationen	100 %
12.2	Originalgetreue Erneuerung von Stuckarbeiten	75 %
13.	Fliesen- und Plattenarbeiten	
13.1	Reparatur und Ergänzung historischer Fliesen und Platten	100 %
13.2	Originalgetreue Erneuerung von Fliesen und Platten	75 %
13.3	Sonstige Fliesenarbeiten	50 %
14.	Tischlerarbeiten	
14.1	Reparatur und Ergänzung (einschließlich Malerarbeiten) von historischen Decken, Türen, Toren, Klappläden und Kirchenausstattung	100 %
14.2	Originalgetreue Erneuerung von Decken, Türen, Toren, Klappläden und Kirchenausstattung	75 %
14.3	Sonstige Tischlerarbeiten	50 %
15.	Parkettarbeiten	
15.1	Reparatur, Ergänzung sowie Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen historischer Holz- und Zierböden (aufwendige Dielen-, Riemenböden, Parkett)	100 %
15.2	Originalgetreue Erneuerung von Holzböden	75 %
15.3	Sonstige Parkettarbeiten	50 %
16.	Glaserarbeiten/Fensterbau	
16.1	Reparatur, Ergänzung und Teilkopie historischer Fenster	100 %
16.2	Kosten für besondere Glasarten und Bearbeitungen (Ätzungen, Facettenschliff, Ornamentik u. a.)	100 %
16.3	Kosten für den originalgetreuen Nachbau historischer Fenster	75 %
16.4	Kosten für Schutzverglasungen historischer Fensterscheiben	50 %
16.5	Sonstige neue denkmalgerechte Fenster (außer Kunststoff), auch mit Isolierverglasung	50 %
17.	Malerarbeiten	
17.1	Farbtechnische Sonderanstriche sowie Absetzungen, Gliederungen und Beschriftungen auf Grundlage eines Befundes	100 %
17.2	Einfache Malerarbeiten am Sichtfachwerk und Innenräumen	50 %
18.	Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen an Bau- und Kunstdenkmälern	
18.1	Besondere Reinigungsverfahren sowie Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen an	100 %
	a. bemalten und architektonisch gegliederten Fassaden oder Fassadenteilen	
	b. historischen Putzen	
	c. farbigen Fassungen und Gliederungen in historischen Innenräumen sowie Wandmalereien	
	d. unbeweglichen Ausstattungen	
	e. Intarsien und veredelten Holzoberflächen	
	f. beweglichen Ausstattungsteilen, soweit sie im Denkmalsbuch eingetragen sind	
	g. historischen Scheiben	
18.2	Restaurierung historischer Kachelöfen	75 %
19.	Maßnahmen an (derzeit) nicht nutzbaren Objekten	
19.1	Sicherungsmaßnahmen an Kulturdenkmälern, die nicht nutzbar sind, wie z. B. Grabmale und Postsäulen	100 %
19.2	Unaufschiebbare Sicherungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Kulturdenkmälern, die nicht genutzt werden beziehungsweise nur einer untergeordneten Nutzung dienen und in einem überschaubaren Zeitraum keiner Nutzung bzw. nur einer untergeordneten Nutzung zugeführt werden können	bis zu 100 %
20.	Orgeln, Glocken, Läuteanlagen und Uhren	
20.1	Reparatur- und Restaurierungsmaßnahmen	100 %
20.2	Rekonstruktion von Zifferblättern und Zeigern nach Befund	100 %

20.3	Begründete Reorganisation von historischen Pfeifenbeständen und Konstruktionsteilen	75 %
20.4	Nachguss von Glocken nach Befund	50 %
20.5	Erweiterung historischer Orgelwerke und die Modernisierung von Uhrwerken	0 %
21.	Restaurierungsmaßnahmen an technischen Denkmälern	
21.1	Erhaltungs-, Reparatur- und Restaurierungsmaßnahmen an technischen Kulturdenkmälern, die nicht bereits in anderen Punkten erfasst sind	100 %
21.2	Originalgetreue Erneuerung	75 %
22.	Bildhauerische Arbeiten	
22.1	Reinigung, Freilegung und Festigung von Stein-, Holz- und Metallbildwerken sowie ergänzende Arbeiten an historischen Bildwerken oder von Teilen des Ganzen sowie originalgetreue Herstellung von Einzelteilen zur Vervollständigung von Kunstwerken	100 %
22.2	Herstellung von Kopien von Ausstattungsgegenständen und Kunstwerken	0 %
22.3	Schaffung neuer bildhauerischer Arbeiten zur Kirchen- und Raumausstattung	0 %
23.	Restaurierungsmaßnahmen an archäologischen Denkmälern	
23.1	Maßnahmen zur Dokumentation, Sicherung und Erhaltung archäologischer Denkmäler, einschließlich Ausgrabung und Bergung	100 %
23.2	Kosten für angemessene Schutzbauten, die nur der Konservierung archäologischer Befunde dienen und vom Landesamt für Archäologie gefordert werden	100 %
23.3	Aufwendungen für die angemessene Darstellung der denkmalpflegerischen Bedeutung eines archäologischen Kulturdenkmals am Befund oder in seiner Umgebung	100 %
23.4	Rekonstruktionen und bauliche Maßnahmen, die der Zugänglichkeit der archäologischen Befunde dienen	0 %
24.	Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen an historischen Gärten und Landschaftsbau	
24.1	Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen an den architektonischen Bestandteilen des Gartendenkmals	100 %
24.2	Rekonstruktion der architektonischen Bestandteile, Wiederherstellung von Ausstattungselementen (Einfassungen von Blumenbeeten, Pflanzkübeln, Schutzbarrieren für Vegetationsflächen, Sitzgelegenheiten usw.) des Gartendenkmals, der Wege und der Bepflanzung	75 %
24.3	Rückbau von nicht denkmalgerechten Wege- und Platzflächen	50 %
24.4	Entschlammungen von Wasserflächen, Wasserläufen sowie die kontinuierlich erforderliche Pflege jeglicher Anpflanzungen	0 %
25.	Maßnahmen an Archivgut	
25.1	Restaurierungs- und Konservierungsmaßnahmen an Privat- und Kirchenarchivgut, einschließlich dessen fachgerechter Lagerung, sowie Maßnahmen zur Erschließung des Archivguts	100 %
25.2	Nutzungsbedingte Aufwendungen (Schutzverfilmungen, u. a.)	0 %
25.3	Maßnahmen an Archivgut, das dem Landesarchivgesetz unterliegt, sowie Maßnahmen, die eine anderweitige Förderung des Landes mit archivpflegerischer Zielsetzung erfahren	0 %
26.	Maßnahmen zur Klimatisierung und ähnliche technische Maßnahmen	
	Maßnahmen, die überwiegend dem Denkmal dienen und nicht nutzerspezifischer Art sind	100 %
27.	Baunebenkosten/Statik	
27.1	Kosten für Leistungen der Statik, welche im Zusammenhang mit Notsicherungsmaßnahmen stehen und zur Standsicherheit im Rahmen des Substanzerhalts am Denkmal dienen	100 %
27.2	Sonstige statische Berechnungen	75 %
27.3	Dokumentation, Raumbuch entsprechend denkmalpflegerischen Forderungen	100 %
27.4	Sondergutachten entsprechend denkmalpflegerischen Forderungen (z. B. restauratorische Voruntersuchungen, photogrammetrische Aufnahmen, bauhistorische Untersuchungen, dendrochronologische Untersuchungen, statische bzw. holzschutztechnische Bauzustandsermittlungen sowie auch gartendenkmalpflegerische Zielstellungen)	100 %
27.5	Kosten für Leistungen von Architekten, Ingenieuren, Landschaftsplanern und Planungsbüros für Maßnahmen, welche im Zusammenhang mit den Arbeiten am Denkmal stehen	75 %

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung
über den Stundensatz zur Gebührenberechnung
der Prüfsachverständigen und Prüfsachverständigen sowie zur Honorarberechnung
der Prüfsachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen
und der Prüfsachverständigen für den Erd- und Grundbau**

Vom 3. November 2021

Die oberste Bauaufsichtsbehörde hat gemäß Anlage 1, laufende Nummer 17, Tarifstelle 1.4 Satz 8 des Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnisses vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898) und § 41 Absatz 2 Satz 6 der Durchführungsverordnung zur SächsBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2004 (SächsGVBl. S. 427), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, einmal jährlich den der Gebühren- und Honorarberechnung zugrunde zu legenden Stundensatz bekannt zu geben.

Für die Gebührenberechnung nach Anlage 1, laufende Nummer 17, Tarifstelle 1.4 Satz 4 des Zehnten Sächsischen

Kostenverzeichnisses beträgt ab dem 1. Januar 2022 der Stundensatz

107 Euro.

Für die Vereinbarung von Honoraren für Bescheinigungsaufträge beträgt ab dem 1. Januar 2022 der Stundensatz nach § 41 Absatz 2 Satz 4 der Durchführungsverordnung zur SächsBO

107 Euro.

Dresden, den 3. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Ulrich Menke
Abteilungsleiter

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -Bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Änderung der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten mit zusätzlichen Anordnungen für die in den Anlagen 1 und 2 genannten Gebiete in der Fassung vom 22. September 2021

Vom 2. November 2021

Hinweis:

Zur besseren Lesbarkeit wird auf der Website der LDS eine konsolidierte Fassung der oben genannten Allgemeinverfügung vom 20. Oktober 2020 eingefügt, bei der die durch die vorliegende Allgemeinverfügung erfolgten Änderungen in den Tenor eingearbeitet wurden.

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

Allgemeinverfügung zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)

1. Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -Bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten mit zusätzlichen Anordnungen für die in Anlage 1 genannten Gebiete vom 20. Oktober 2020, in der Fassung vom 22. September 2021, wird wie folgt geändert:
 - a) Unter **Punkt 1** werden die Worte „sowie jedes krank erlegte Wildschwein“ gestrichen. Punkt 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Im Freistaat Sachsen haben die Jagdausübungsberechtigten jedes verendet aufgefundene Wildschwein (Fall- und Unfallwild) unverzüglich unter Angabe des Fund- beziehungsweise Erlegungsortes bei dem jeweils örtlich zuständigen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt (LÜVA) der Landkreise und Kreisfreien Städte anzuzeigen.“
 - b) Unter **Punkt 3** wird der dritte Satz gestrichen. Punkt 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Für die Anzeige gemäß Punkt 1 wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **30,00 EUR** je Wildschwein gewährt. Darüber hinaus wird für die Mitwirkung bei der Bergung und Beseitigung gemäß Punkt 2 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **30,00 EUR** je Wildschwein gewährt. Der Antrag ist beim örtlich zuständigen LÜVA zu stellen. Die Aufwandsentschädigung wird nur einmal pro Wildschwein gezahlt.“
 - c) Unter **Punkt 4** wird der zweite Halbsatz des ersten Satzes sowie das Wort „gesund“ gestrichen. Punkt 4 wird wie folgt gefasst:

„4. Die Jagdausübungsberechtigten haben jedes erlegte Wildschwein unverzüglich nach nähe-

rer Anweisung des örtlich zuständigen LÜVA zu kennzeichnen, Blutproben für die Untersuchung auf ASP zu nehmen und einen von dort vorgegebenen Begleitschein auszustellen. Die Proben sind dem jeweils örtlich zuständigen Landratsamt zu übergeben.“

- d) Unter **Punkt 5** wird im ersten Satzes das Wort „gesund“ gestrichen. Punkt 5 wird wie folgt gefasst:

„5. Der **Aufbruch und die Schwarte** von erlegten Wildschweinen aus den in der **Anlage** genannten Gebieten ist durch den Jagdausübungsberechtigten nach näherer Anweisung des örtlich zuständigen LÜVA über den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen unschädlich zu beseitigen. Lebensmittelrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt.“
- e) Unter **Punkt 6** werden im ersten Satz die Wörter „gesund erlegt“ eingefügt. Punkt 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Ein Inverkehrbringen des Wildbrets von gesund erlegten Wildschweinen nach Punkt 4 sollte erst nach Vorlage des negativen virologischen Untersuchungsbefundes erfolgen. Die Befundmitteilung an den Jagdausübungsberechtigten erfolgt durch das jeweils örtlich zuständige Landratsamt.“
- f) **Punkt 7** wird wie folgt gefasst:

„7. Für die Erfüllung der Pflichten zur Kennzeichnung, Probeentnahme, Ausfüllen eines Begleitscheines und Probenübergabe gemäß **Punkt 0** wird im Freistaat Sachsen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **20,00 EUR je Wildschwein** gewährt.
Abweichend davon beträgt die Aufwandsentschädigung in den in der **Anlage** genannten Gebieten **50,00 EUR** je Wildschwein, da in diesen Gebieten die Pflichten zur Entsorgung von Aufbruch und Schwarte gemäß Punkt 5 zu berücksichtigen sind. Der Antrag ist beim jeweils örtlich zuständigen LÜVA zu stellen. Die Aufwandsentschädigung wird nur einmal pro Wildschwein gezahlt. Voraussetzung für die Zahlung ist die Mitteilung der Koordinaten des Erlegungsortes durch den Jagdausübungsberechtigten an das örtlich zuständige LÜVA. Die gesonderte Aufwandsentschädigung für die bisherige stichprobenartige Untersuchung gesund erlegten Wildschweine im Rahmen

des Monitorings von in Höhe vom 10 EUR (vergleiche Erlass des SMS vom 14. April 2020, Az.: 24-9156-15/26) entfällt."

g) Anlage 1 wird wie folgt gefasst:

„**Anlage** – Gebiete mit hohem Risiko der Weiterverbreitung der ASP in der Wildschweinpopulation innerhalb infizierter Regionen beziehungsweise mit hohem Risiko des Eintrages der ASP aus bereits infizierten Regionen

- Landkreis Görlitz
- Landkreis Bautzen
- Landkreis Meißen
- Landeshauptstadt Dresden
- Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“

h) **Anlage 2** wird gestrichen.

2. Die sofortige Vollziehung der Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes gilt.
3. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.

4. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

Hinweise:

- Für die Durchführung der Probenuntersuchung entstehen den Jagdausübungsberechtigten keine Kosten.
- Das Jagdrecht bleibt unberührt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Dresden, den 2. November 2021

Landesdirektion Sachsen
Dr. Jens Achterberg
Referatsleiter

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Afrikanische Schweinepest (ASP) Festlegung des Kerngebietes und weitere Anordnungen

Vom 28. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

Allgemeinverfügung zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)

Auf Grund der Feststellung des Ausbruches der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen werden nachstehende Maßnahmen bekannt gegeben und verfügt:

1. Es wird eine weitere **Restriktionszone im Freistaat Sachsen** wie nachfolgend dargestellt festgelegt:
Das Gebiet um den im Landkreis Meißen festgestellten ASP-Ausbruch bei Wildschweinen wird als **Kerngebiet** festgelegt. Das Kerngebiet ist Teil der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet).
Das Kerngebiet umfasst die in den Kartendarstellungen in Anlage 1 (Übersichtskarte) und Anlage 2 (Detailkarte) markierten **Teile der Gemeinden Ebersbach, Radeburg und Thiendorf im Landkreis Meißen sowie der Gemeinde Laußnitz im Landkreis Bautzen**.
Die kartografische Darstellung des oben genannten Gebietes ist als interaktive Karte unter <https://geoviewer.sachsen.de/?map=cf220760-ecb5-4876-8ede-1665a4adf472> einsehbar.¹
2. Die mit der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen zur Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen, vom 15. Oktober 2021, Az.: 25-5133/125/43², getroffenen Anordnungen für die Sperrzone II gelten auch für das Kerngebiet, soweit im Folgenden keine abweichenden Regelungen getroffen werden:
 - a) Das Betreten des Waldes und der offenen Landschaft im Kerngebiet im Rahmen von Freizeitaktivitäten, wie Wandern oder Pilze sammeln, wird untersagt.
 - b) Die Nutzung der im Kerngebiet gelegenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen wird untersagt. Auf Antrag können von den Landkreisen Meißen beziehungsweise Bautzen im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit Ausnahmen zugelassen werden. Der Antrag ist beim örtlich zuständigen Landratsamt zu stellen.
Der Eigentümer oder Besitzer eines landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücks, dessen Nutzung auf Grund dieser Anordnung verboten oder beschränkt worden ist, kann für den ihm hierdurch jeweils entstehenden Aufwand oder Schaden Ersatz nach den landesrechtlichen Vorschriften

über die Inanspruchnahme als Nichtstörer verlangen.

Anträge auf Schadensersatz sind bei der Landesdirektion Sachsen zu stellen. Ein Antrag auf Schadensersatz setzt voraus, dass zuvor ein Antrag auf Ausnahme von dem Verbot beim örtlich zuständigen Landratsamt gestellt und abgelehnt wurde.

- c) Die Errichtung einer wildschweinsicheren Umzäunung des Kerngebietes ist zu dulden.
- d) Die Ausübung der Jagd auf jegliches Wild wird im Kerngebiet bis auf Widerruf untersagt (**Jagdverbot für alle Tierarten**). Auf Antrag können vom örtlich zuständigen Landkreis Ausnahmen zugelassen werden. Der Antrag ist beim örtlich zuständigen Landratsamt zu stellen.
Jagdausübungsberechtigte, denen auf Grund dieser Anordnung ein erhöhter Aufwand entsteht oder deren Jagdausübung verboten oder beschränkt wird, können für den ihm hierdurch entstehenden Aufwand oder Schaden angemessenen Ersatz nach den landesrechtlichen Vorschriften über die Inanspruchnahme als Nichtstörer verlangen.
Anträge auf Schadensersatz sind bei der Landesdirektion Sachsen zu stellen. Ein Antrag auf Schadensersatz setzt voraus, dass zuvor ein Antrag auf Ausnahme von dem Verbot beim örtlich zuständigen Landratsamt gestellt und abgelehnt wurde.

3. Die sofortige Vollziehung der Ziffern **1 und 2** dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes, gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes, gilt.
4. Die Überwachung der Maßnahmen obliegt den Landkreisen Meißen beziehungsweise Bautzen im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit.
5. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft.
Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.
6. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

¹ Quelle: GeoSN, dl-de/by-2-0

² Veröffentlicht unter https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=18166&art_param=810

Rechtsbehelfsbelehrung

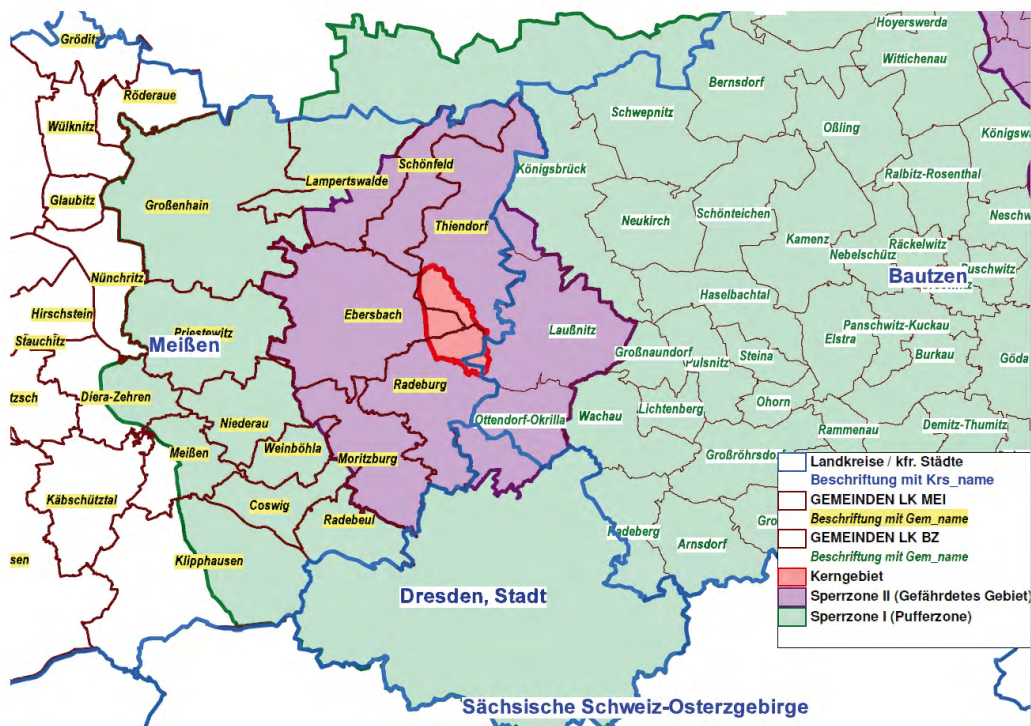
Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Staufenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch

die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Dresden, den 28. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Dr. Jens Achterberg
Referatsleiter

Anlage 1 (Übersichtskarte)



Anlage 2 (Detailkarte)



**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Planfeststellung für das Bauvorhaben
„Bautzner Straße von Prießnitzstraße bis Stolpener Straße
einschließlich Brücke über die Prießnitz, HWSB ID-8738“**

Vom 25. Oktober 2021

I.

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 13. Oktober 2021, Gz.: 32-0522/479/15, ist der Plan für das Bauvorhaben „Bautzner Straße von Prießnitzstraße bis Stolpener Straße einschließlich Brücke über die Prießnitz, HWSB ID-8738“ gemäß § 28 des Personenbeförderungsgesetzes und § 74 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen festgestellt worden.

II.

Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen in der Zeit

**vom 25. November 2021 bis
einschließlich 9. Dezember 2021**

bei der Landeshauptstadt Dresden, Straßen- und Tiefbauamt, St. Petersburger Straße 9, 01069 Dresden, Zimmer K 344 während der Dienststunden
Montag und Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag 9:00 bis 18:00 Uhr
aus.

Beim Betreten der Verwaltungsgebäude ist zwingend eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahme entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen rechtzeitig erhoben haben, bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz, schriftlich angefordert werden.

Zusätzlich kann der Planfeststellungsbeschluss über die Internet-Seite <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachungen> unter der Rubrik Infrastruktur/Straßenbahnen eingesehen werden. Der Inhalt dieser Bekanntmachung und der Planfeststellungsbeschluss ist zusätzlich über das zentrale Internetportal <https://www.uvp-verbund.de> zugänglich.

Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

III.

Gegenstand des Vorhabens

Die Landeshauptstadt Dresden beabsichtigt, das Brückenbauwerk über die Prießnitz abzureißen und neu zu errichten. Um den dafür erforderlichen Sperrschatten auszunutzen, wird gleichzeitig der Achsabstand der Straßenbahngleise zwischen Prießnitzstraße und Stolpener Straße auf drei Meter verbreitert, die zwei Haltestellen „Diakonissenkrankenhaus“ behindertengerecht ausgebaut und in diesem Zuge eine dieser Haltestellen auf die Prießnitzbrücke verlegt. Des Weiteren werden das neue Brückenbauwerk verbreitert, die Fahrbahn und Gehwege der Bautzner Straße grundhaft ausgebaut sowie die Einmündungen der Prießnitzstraße und der Radeberger Straße umgebaut.

Die Baulänge beträgt einschließlich der Anpassungsbe-
reiche circa 320 Meter. Sie beginnt circa 50 Meter westlich der Einmündung Prießnitzstraße und endet etwa 100 Meter östlich der Radeberger Straße.

Wegen der weiteren Details wird auf die Planunterlagen verwiesen.

Verfügender Teil des Planfeststellungsbeschlusses

Striktes Recht steht der Planfeststellung nicht entgegen. Vor Erlass der Entscheidung hat die Planfeststellungsbehörde die Sachverhalte ermittelt, soweit diese für die Entscheidung über die Vorhaben relevant sein konnten. Die von den Vorhaben betroffenen privaten und öffentlichen Belange sind gegeneinander und untereinander verglichen, bewertet und durch Nebenbestimmungen in Einklang gebracht worden. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Umwelt, das Eigentum sowie die übrigen öffentlichen und privaten Belange, handelt es sich bei den planfestgestellten Vorhaben um eine Lösung, die nach dem Gebot der gerechten Abwägung und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die unterschiedlichen Belange entsprechend ihrem Gewicht berücksichtigt, dem Grundsatz der Konfliktbewältigung Rechnung trägt und insgesamt in einen sachgerechten Ausgleich zueinander bringt, ohne dass vorzugswürdige Alternativen zu den planfestgestellten Maßnahmen ersichtlich wäre.

IV.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen, erhoben werden.

Für diejenigen, denen der Planfeststellungsbeschluss nicht zugestellt wurde, gilt als Zeitpunkt der Zustellung der letzte Tag der Auslegungsfrist.

Der Kläger muss sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Welche Bevollmächtigten dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Die Klage ist schriftlich zu erheben. Die Klage kann elektronisch erhoben werden nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von zehn Wochen nach Klageerhebung anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, sind nur zuzulassen, wenn der Kläger die Verspätung genügend entschuldigt. Dies gilt nicht, wenn

es mit geringem Aufwand möglich ist, den Sachverhalt auch ohne Mitwirkung des Klägers zu ermitteln.

Die Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss hat gemäß § 29 Absatz 6 Satz 2 des Personenbeförderungsgesetzes keine aufschiebende Wirkung. Ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht gestellt und begründet werden. Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss Beschwerde einen hierauf gestützten Antrag innerhalb einer Frist von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Dresden, den 25. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Godehard Kamps
Abteilungsleiter Infrastruktur

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Vorhaben „Hochwasserschutzmaßnahmen für Pockau an der Schwarzen Pockau“ – Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses –

Gz.: C46-0522/193/41

Vom 27. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat den Plan für das oben bezeichnete Vorhaben mit Planfeststellungsbeschluss vom 22. Oktober 2021, Geschäftszeichen: C46-0522/193/41, auf Antrag der Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen, Betrieb Freiburger Mulde/Zschopau, Am Roten Turm 1, 09496 Marienberg, gemäß § 68 Absatz 1 und 3, § 67 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 und 3, § 70 Absatz 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 und § 14 Absatz 3 bis 6 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, in Verbindung mit den §§ 78 ff. des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) geändert worden ist, und den §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, sowie § 2 und § 12 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt, in Verbindung mit § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juli 2007 (SächsGVBl. S. 349), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 24 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, festgestellt.

I

Gegenstände der Planfeststellung sind örtliche Hochwasserschutzmaßnahmen an der Schwarzen Pockau in der Ortslage Pockau der Stadt Pockau-Lengefeld im Landkreis Erzgebirgskreis. Für das Bauvorhaben und die landschaftspflegerischen sowie naturschutzfachlichen Kompensationsmaßnahmen werden Flurstücke in der Gemarkung Pockau beansprucht.

Die Hochwasserschutzmaßnahmen reichen von der Mündung der Schwarzen Pockau in die Flöha bis circa 1,5 Kilometer flussaufwärts. Es sind auf beiden Seiten der Schwarzen Pockau überwiegend Hochwasserschutzmauern einschließlich Entwässerungsanlagen, Schutzstreifen und Kontrollwege vorgesehen. Teils werden bestehende Ufermauern erhöht und teils werden Hochwasserschutzwände neu errichtet. Des Weiteren wird das bestehende Wehr der Ölmühle Pockau beseitigt und durch ein neues Entnahmehauwerk ersetzt sowie eine Pumpenanlage am Mühlgraben der Ölmühle errichtet. Außerdem werden am in die Schwarze Pockau einmündenden Waldbach Maßnahmen der Rückstausicherung umgesetzt sowie am Einlaufbereich einer Flutrinne Anpassungen vorgenommen. Von der Planfeststellung sind des Weiteren als notwendige Folgemaßnahmen Anpassungen an zwei Fußgängerbrücken der angrenzenden Gemeindestraßen, die Errichtung einer neuen Straßenbrücke als Ersatz für zwei zu beseitigende Brücken, Maßnahmen an Straßenstützwänden der angrenzenden

Staatsstraßen S 223 und S 224, Maßnahmen an vorhandenen Leitungen der öffentlichen Ver- und Entsorgung sowie an privaten Einleitungen erfasst. Überdies werden naturschutzfachliche Maßnahmen planfestgestellt.

Die Hochwasserschutzmaßnahmen schützen die Ortslage Pockau bis zu einem Hochwasserereignis der Schwarzen Pockau, wie es statistisch alle einhundert Jahre auftritt.

Für das Vorhaben wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, weil die Planfeststellungsbehörde am 19. Mai 2008 festgestellt hat, dass für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die Entscheidung beruhte auf den zu diesem Zeitpunkt geltenden §§ 3a, 3c und 3d in Verbindung mit Nummern 13.13 und 13.16 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und § 3 in Verbindung mit Nummern 2c, 17 und 20 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat Sachsen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgte nach Maßgabe des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt. Sie wurde als unselbstständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt. Die Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens wurde bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens berücksichtigt.

II

Der Planfeststellungsbeschluss beinhaltet die Feststellung des Plans einschließlich Änderungen und Ergänzungen. Zudem enthält er Inhalts- und Nebenbestimmungen insbesondere zu wasserfachlichen und bautechnischen Belangen, zu Belangen des Gewässerschutzes, zu den Belangen Abfall, Altlasten, Bodenschutz, zu Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege, Fischerei und Fischartenschutz sowie des Immissions- und Arbeitsschutzes, zu Belangen des Straßenbaus und Verkehrs, der Eisenbahn, von Denkmalschutz und Archäologie, zu Anlagen der öffentlichen Ver- und Entsorgung sowie zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen. Damit darf das Vorhaben entsprechend dem verfügenden Teil des Planfeststellungsbeschlusses umgesetzt werden.

Der Planfeststellungsbeschluss schließt aufgrund der Konzentrationswirkung der Planfeststellung gemäß § 75 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes insbesondere die Zulassung von Gewässerausbaumaßnahmen, die Festlegung eines Schutzstreifens für andere öffentliche Hochwasserschutzanlagen, die Erteilung von Ausnahmen von den innerhalb des Schutzstreifens geltenden Verboten, die wasserrechtlichen Genehmigungen zur Errichtung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern, die Zulassung des Eingriffs in Natur und Landschaft, die Anerkennung einer Ökokontomaß-

nahme, die Zulassung einer Ausnahme für die Durchführung von Baumaßnahmen im und am Gewässer der Schwarzen Pockau innerhalb der Schonzeit der Leitfischart Bachforelle, die widerrufliche Erlaubnis zum Fischen mit elektrischem Strom (Elektrofischerei), straßenrechtliche Zulassungsentscheidungen, denkmalschutzrechtliche Genehmigungen sowie die Zulassung der im Bauwerksverzeichnis aufgeführten Maßnahmen an Ver- und Entsorgungsleitungen, Einfriedungen, Zuwegungen und Zufahrten mit ein. So ergibt sich aus der Planfeststellung des Vorhabens dessen Zulässigkeit hinsichtlich aller öffentlich-rechtlichen Zulassungserfordernisse.

Neben der Feststellung des Plans werden in dem Beschluss wasserrechtliche Erlaubnisse für die mit dem Vorhaben verbundenen Benutzungen eines Gewässers erteilt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist im Übrigen über die rechtzeitig erhobenen Einwendungen, Stellungnahmen, Forderungen und Anregungen, welche das oben genannte festgestellte Vorhaben betreffen, entschieden worden.

In dem Planfeststellungsbeschluss werden weitere Einzelentscheidungen bezüglich eines Mindestwassergutachtens sowie der Pumpenanlage am Mühlgraben der Ölmühle vorbehalten.

Die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses wurde angeordnet.

Der Planfeststellungsbeschluss besitzt enteignungsrechtliche Vorwirkung.

III

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses mit Rechtsbehelfsbelehrung und eine Ausfertigung des festgestellten Planes liegen in der Zeit vom

**Dienstag, dem 7. Dezember 2021,
bis einschließlich Montag, dem 20. Dezember 2021,**

in der Stadtverwaltung Pockau-Lengefeld, Hauptsitz Lengefeld, Markt 1, 09514 Pockau-Lengefeld im Zentralen Bürgerservice (Erdgeschoss – 1. Raum links),

während der Dienststunden:

Montag:	8:00–12:00 Uhr,
Dienstag:	8:00–12:00 Uhr und 14:00–18:00 Uhr,
Mittwoch:	8:00–12:00 Uhr,
Donnerstag:	8:00–12:00 Uhr und 14:00–16:00 Uhr,
Freitag:	8:00–12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Die Auslegung wird ortsüblich bekannt gemacht.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei einer Einsichtnahme die nachfolgend genannten **Hygieneregeln** der auslegenden Gemeinde zu beachten:

- Um das physische Aufeinandertreffen von Personen, die Einsicht nehmen wollen und lange Wartezeiten, wenn möglich, zu vermeiden, können Termine zur Einsichtnahme bei der Stadtverwaltung Pockau-Lengefeld vereinbart werden. Für die vorherige Terminabstimmung oder Rückfragen steht Frau Steinert unter der Telefonnummer 037367/33344 beziehungsweise unter s.steinert@pockau-lengefeld.de zur Verfügung.

- Bei der Einsichtnahme ist das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (sogenannte OP-Maske), einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske erforderlich, sofern nicht durch eine ärztliche Bescheinigung im Original glaubhaft gemacht werden kann, dass aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung, einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung keine Maske getragen werden kann oder ein anderer Ausnahmetatbestand der zum Zeitpunkt der Einsichtnahme geltenden Sächsischen Corona-Schutzverordnung zum Tragen kommt.
- Weiterhin ist bei der Einsichtnahme auf den Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Personen zu achten.

Personenbezogene Daten sind im Planfeststellungsbeschluss aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert.

Der Planfeststellungsbeschluss wird dem Träger des Vorhabens, denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahmen entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss auch gegenüber den übrigen Betroffenen als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Planfeststellungsbeschluss bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz, schriftlich oder elektronisch angefordert werden (§ 74 Absatz 5 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Die Bekanntmachung einschließlich des Planfeststellungsbeschlusses sowie der festgestellten Planunterlagen ist während des genannten Auslegungszeitraumes auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter www.lids.sachsen.de/bekanntmachung unter der Rubrik Hochwasserschutz einsehbar. Maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen.

IV

Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich Klage beim Sächsischen Obergerichtsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen, erhoben werden. Die Klage kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.

Vor dem Obergerichtsgericht müssen sich die Beteiligten, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Obergerichtsgericht eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind nur die in § 67 Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 Nummer 3 bis 7 sowie Absatz 4 Satz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung bezeichneten Personen und Organisationen zugelassen. Das sind Rechtsanwälte, Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder

der Schweiz, welche die Befähigung zum Richteramt besitzen. Weiter sind das Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Personen und Vereinigungen im Sinn des § 3a des Steuerberatungsgesetzes sowie Gesellschaften im Sinn des § 3 Nummer 2 und 3 des Steuerberatungsgesetzes, die durch Personen im Sinn des § 3 Nummer 1 des Steuerberatungsgesetzes handeln, in Abgabenangelegenheiten; berufsständische Vereinigungen der Landwirtschaft für ihre Mitglieder; Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder; Vereinigungen, deren satzungsgemäße Aufgaben die gemeinschaftliche Interessenvertretung, die Beratung und Vertretung der Leistungsempfänger nach dem sozialen Entschädigungsrecht oder der behinderten Menschen wesentlich umfassen und die unter Berücksichtigung von Art und Umfang ihrer Tätigkeit sowie ihres Mitgliederkreises die Gewähr für eine sachkundige Prozessvertretung bieten, für ihre Mitglieder in Ange-

legenheiten der Kriegsofferfürsorge und des Schwerbehindertenrechts sowie der damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten; juristische Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in § 67 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 und 6 der Verwaltungsgerichtsordnung bezeichneten Organisation stehen, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozessvertretung dieser Organisation und ihrer Mitglieder oder anderer Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder entsprechend deren Satzung durchführt, und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit der Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit einer Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

Chemnitz, den 27. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Walter Bürkel
Vizepräsident
in Vertretung der Präsidentin

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Absage des Erörterungstermins und die Durchführung
einer Online-Konsultation anstelle des Erörterungstermins
im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
zur wesentlichen Änderung des Stahlwerkes der ERVIN Germany GmbH
am Standort Glaubitz**

Gz.: 44-8431/2230

Vom 3. November 2021

Mit der gemeinsamen Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen und des Landkreises Meißen vom 4. August 2021 wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren ein Erörterungstermin für das Vorhaben zur wesentlichen Änderung des Stahlwerkes der ERVIN Germany GmbH am Standort in 01612 Glaubitz, Industriestraße A 15, für den 23. November 2021 angekündigt.

Der Vor-Ort-Erörterungstermin im Restaurant Drei Lilien, Am Dorfteich 13, 01612 Glaubitz wird **abgesagt** und anstelle dessen aufgrund der Beschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie eine **Online-Konsultation** gemäß § 5 Absätze 1, 3 und 4 des Planungssicherstellungsgesetzes durchgeführt. Die Online-Konsultation dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen zu behandeln. Die Einwendungsbehandlung erfolgt, wenn und soweit die Einwendungen für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein können. Teilnahmberechtigte sind alle, die rechtzeitig Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben.

Für die Online-Konsultation werden den oben genannten Teilnahmberechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 des Planungssicherstellungsgesetzes zugänglich gemacht. Diese umfassen eine Einführung zur Online-Konsultation, die Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten sowie der Antragstellerin, die sich mit den eingegangenen Einwendungen auseinandersetzen. Daneben werden die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, zur Verfügung gestellt.

Die Bereitstellung dieser Inhalte erfolgt ab dem **26. November 2021** über die SiDaS-Cloud der Sächsischen Landesverwaltung.

Den Einwendern wurden die Durchführung der Online-Konsultation sowie die Zugangsdaten für die SiDaS-Cloud separat per Post mitgeteilt.

Außerdem erfolgt die Bereitstellung an folgenden Stellen zeitgleich in Papierform

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250 Zimmer 4090 montags bis donnerstags von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr.

2. in der Gemeindeverwaltung Zeithain, Hauptstraße 36a in 01619 Zeithain im Bürgeramt/ Zimmer 5 in der Zeit während der Dienststunden, Tel.: 03525-766210,
Montag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Dienstag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Mittwoch 8:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Donnerstag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–16:00 Uhr und
Freitag 8:00–11:00 Uhr

3. in der Gemeindeverwaltung Nünchritz, Rathaus Foyer, Glaubitzer Straße 10, in 01612 Nünchritz, Tel.: 035265-5000
Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie von 12:30 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 09:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie von 12:30 Uhr bis 18:00 Uhr
und Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie ist zur Einhaltung der gesetzlich geforderten Schutzmaßnahmen für Einsichtnahmen in die in Papierform ausgelegte Dokumente eine vor-herige Anmeldung während der Dienststunden unter den oben angegebenen Kontaktdaten notwendig.

Da bei einem Erörterungstermin die Öffentlichkeit zugelassen wäre, können auch Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, Einsicht in die Dokumente nehmen. Dies kann bei den oben genannten Behörden oder durch Beantragung der Übersendung der Dokumente bei der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250, lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, erfolgen.

Die Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, sind jedoch nicht berechtigt, sich zu den Dokumenten der Online-Konsultation zu äußern.

Den zur aktiven Teilnahme oben genannten Berechtigten wird Gelegenheit gegeben, sich in der Zeit vom **26. November 2021 bis einschließlich 17. Dezember 2021** schriftlich gegenüber den oben genannten Behörden oder elektronisch per E-Mail unter lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, post@zeithain.de oder post@nuenchritz.de zu den sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Belangen zu äußern.

Mit der Möglichkeit zur erneuten Äußerung im Rahmen der Online-Konsultation wird keine neue, zusätzliche Einwendungsmöglichkeit eröffnet. Die Regelungen über die Online-Konsultation lassen einen bereits eingetretenen Ausschluss von Einwendungen unberührt (§ 5 Absatz 4 Satz 4 des Planungssicherstellungsgesetzes). Die Teilnahme an der Online-Konsultation ist nicht verpflichtend. Es kann auch

ohne die Mitwirkung eines zur Teilnahme Berechtigten entschieden werden.

Zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 5 Absatz 4 des Planungssicherstellungsgesetzes ist es ausreichend, wenn den zur Teilnahme Berechtigten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Unabhängig von einer Teilnahme an der Online-Konsultation wird die Genehmigungsbehörde die in den Einwendungsschreiben vorgebrachten Einwendungen prüfen und darüber entscheiden.

Beiträge im Rahmen der Online-Konsultation werden der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, zur Verfügung gestellt, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Weitergabe unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungs-

gemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Mit dem Abschluss der Online-Konsultation ist die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren beendet.

Fragen zur Online-Konsultation können von Montag bis Freitag in der Zeit von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr per Telefon: 0351-8254410 oder per E-Mail: lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, an die Landesdirektion Sachsen gerichtet werden.

Diese Bekanntmachung ist vom **18. November 2021** bis einschließlich **17. Dezember 2021** auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Dresden, den 3. November 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der 1. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Pöhlbachtal“

Vom 26. Oktober 2021

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 6. Oktober 2021, Az.: 093.11/1-21-030.wal-6010, auf der Grundlage von § 61 und § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

1. Die 1. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Pöhlbachtal“ vom 2. Juli 2021 wird genehmigt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Der Abwasserzweckverband erklärte am 18. Oktober 2021 gegenüber dem Landratsamt Erzgebirgskreis einen Rechtsbehelfsverzicht. Damit ist der Genehmigungsbescheid bestandskräftig.

Diese Bekanntmachung zur Genehmigung und die 1. Änderungssatzung sind gemäß § 27a des Verwaltungsvorgangsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist, auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) einsehbar.

Annaberg-Buchholz, den 26. Oktober 2021

Landratsamt Erzgebirgskreis
Vogel
Landrat

Satzung zur 1. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Pöhlbachtal“

Vom 2. Juli 2021

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Pöhlbachtal“ in ihrer Sitzung vom 1. Juli 2021 folgende Änderung der Verbandssatzung beschlossen:

1. Verfassung und Verwaltung

§ 1

Der § 8 Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden, unter Bekanntgabe der Tagungsordnung so-

wie Tagungszeit und -ort eine Woche vor dem Sitzungstermin, in elektronischer oder schriftlicher Form einberufen.

In dringenden und begründeten Fällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

Die Bekanntgabe ist in diesem Fall nicht erforderlich.

2. Schlussbestimmungen

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Kurort Oberwiesenthal, den 2. Juli 2021

Mirko Ernst
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Landkreis Leipzig
über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung
vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung
des Abwasserzweckverbandes Wyhratal vom 30. Januar 2017**

Vom 29. Oktober 2021

Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 14. Oktober 2021, Az.: 10112-093.11-ZVWY-Genehmigung 3. ÄS zur VS-Be, gemäß § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722), zum Antrag vom 5. Oktober 2021 auf Erteilung der Genehmigung der 3. Änderungssatzung vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Wyhratal vom 30. Januar 2017 wie folgt entschieden:

1. Die 3. Änderungssatzung vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Wyhratal vom 30. Januar 2017, Beschluss-Nr.: C/I/014/2021, wird genehmigt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Die 3. Änderungssatzung vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Wyhratal tritt am Tag nach dieser Bekanntmachung in Kraft.

Mit Erklärung vom 15. Oktober 2021 hat der Abwasserzweckverband Wyhratal auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichtet.

Borna, den 29. Oktober 2021

Landratsamt Landkreis Leipzig
Graichen
Landrat

3. Änderungssatzung vom 28. September 2021 zur Verbandssatzung des „Abwasserzweckverbandes Wyhratal“ vom 30. Januar 2017

Präambel

Auf der Grundlage von § 61 Abs. 1 und § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) i. V. m. § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722), hat die Verbandsversammlung des „Abwasserzweckverbandes Wyhratal“, nachfolgend Zweckverband genannt, am 28. September 2021 folgende 3. Änderungssatzung zur bisherigen Verbandssatzung des Zweckverbandes vom 30. Januar 2017 (SächsABl. S. 508ff.) in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 13. November 2019 (SächsABl. S. 1834f.) beschlossen:

Frohburg, den 28. September 2021

Abwasserzweckverband Wyhratal
Wolfgang Hiensch
Verbandsvorsitzender

Artikel 1 Änderungen

Der § 8 Abs. 5 der bisherigen Verbandssatzung wird gestrichen.

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Diese 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung durch die Rechtsaufsicht in Kraft.

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Zwickau
nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben
„Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes“;
konkret „8. Änderung des Planes nach § 41
des Flurbereinigungsgesetzes“
der Teilnehmergeinschaft Flurbereinigung Thierfeld,
Landkreis Zwickau und Erzgebirgskreis**

Aktenzeichen 1470, 1473 – 780.4148

Vom 1. November 2021

Die Teilnehmergeinschaft Flurbereinigung Thierfeld beim Landratsamt Zwickau, Amt für Ländliche Entwicklung und Vermessung, Gerhart-Hauptmann-Weg 1, 08371 Glauchau, hat gemäß § 41 Absatz 1 des Flurbereinigungsgesetzes die 8. Änderung zum Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan (Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes) für das Flurbereinigungsverfahren Thierfeld aufgestellt.

Der Bau von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes ist ein Vorhaben nach Anlage 1 Nummer 16 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die von der Teilnehmergeinschaft der Oberen Flurbereinigungsbehörde beim Amt für Ländliche Entwicklung und Vermessung vorgelegten, entscheidungserheblichen Unterlagen wurden gemäß § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls unterzogen. Diese ergab, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind und es daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf. Die wesentlichen Gründe, die zu der Entscheidung geführt haben sind:

– hinsichtlich der Merkmale des Vorhabens:

1. Das Flurbereinigungsgebiet umfasst circa 1 000 ha. Die Teilnehmergeinschaft plant den Aus- und Neubau von ländlichen Wirtschaftswegen als gemeinschaftliche Anlagen, hier: 17 Wegabschnitte mit einer Länge von insgesamt circa 11,9 km.
Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Verbesserung des Naturhaushaltes und der Landschaftspflege als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geplant, hier: insgesamt 9 Maßnahmen, unter anderem wegbegleitende Anpflanzungen, Anlage von Feldhecken und Gehölzen, Aufforstungen und Renaturierungen mit einer Länge von circa 440 m (lineare Biotope) beziehungsweise auf einer Fläche von circa 8 000 m² (flächenhafte Biotope).
2. Ein Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten ist nicht gegeben.
3. Bei den Baumaßnahmen handelt es sich um bereits vorhandene Wege – mit Ausnahme einer Neutrassierung auf einer Länge von circa 600 m in aktuell überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen. Damit werden nahezu keine natürlichen Ressourcen

in Anspruch genommen. Während der Ausführung der Maßnahmen sind keine erheblichen dauerhaften Beeinträchtigungen zu besorgen, wenn auch einzelne negative Auswirkungen, insbesondere durch die Versiegelung von Oberflächen, nicht vermieden werden können. Mit dem Ausbau einer in der Regel auf 3,00 m beschränkten Fahrbahnbreite sowie durch den Einsatz von Rasenkammersteinen ist jedoch die zusätzliche Versiegelung (gegenüber dem Ausgangszustand) als gering einzuschätzen.

4. Mit dem Vorhaben ist keine vermehrte Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verbunden.
5. Eine Verschmutzung der Umwelt oder vergleichbare Belastungen sind nicht zu besorgen.
6. Risiken von Störanfällen, Katastrophen oder Unfällen, auch aus den verwendeten Stoffen und Technologien, bestehen nicht.
7. Risiken für die menschliche Gesundheit, zum Beispiel durch Verunreinigung von Wasser oder Luft bestehen nicht.

– hinsichtlich der Standorte des Vorhabens:

1. Die bestehenden Nutzungen (überwiegend intensive landwirtschaftliche Nutzung, Wald oder Wohnbebauung) werden durch Auswirkungen des Vorhabens nicht beeinträchtigt. Die Maßnahmen zur Erschließung und zur Landschaftspflege/-gestaltung verbessern die Nutzungsfähigkeit des Gebietes und die Eignung für landschaftsgebundene Erholung. Aufgrund der geplanten Ausbauart fügen sich die geplanten Wege harmonisch in die Landschaft ein; eine zusätzliche Trennwirkung wird nicht erzeugt.
2. Die Pflanzmaßnahmen lassen überwiegend positive Auswirkungen auf die Umwelt erwarten, unter anderem durch Aufwertung der Landschaft sowie Bodenschutz durch Minderung von Wind- und Wassererosion. Positive Effekte auf Natur und Landschaft ergeben sich insbesondere aus dem Beitrag zum Biotopverbund in strukturarmen, ausgeräumten Bereichen.
3. Reichtum, Verfügbarkeit und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen des Gebietes werden durch die Vorhaben qualitativ bewahrt. Durch die Erneuerung

von Wirtschaftswegen ergeben sich Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Landschaft, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt. Diese sind jedoch aufgrund des geringen Ausmaßes der Eingriffe sowie aufgrund von Vermeidungsmaßnahmen als nicht erheblich einzustufen. Eine besondere Schwere oder Komplexität der Auswirkungen sowie ein grenzüberschreitender Charakter können ausgeschlossen werden. Die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes wurde unter anderem auch im Rahmen einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung mit dem Ergebnis untersucht, dass keine dauerhaft schädigenden Einflüsse bestehen. Durch die geplanten Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege kann ein funktio-

nell gleichwertiger Ausgleich beziehungsweise Ersatz und eine bestmögliche Kompensation für die durch den Wegebau verursachten Eingriffe realisiert werden.

4. Einzelne Maßnahmen des Vorhabens befinden sich teilweise im Gebiet eines Landschaftsschutzgebiets, dessen Schutzzweck jedoch nicht beeinträchtigt wird. Weitere Schutzgebiete oder geschützte Landschaftsbestandteile sind nicht berührt.

Diese Feststellung ist gemäß § 5 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbständig anfechtbar.

Glauchau, den 1. November 2021

Landratsamt Zwickau
Obere Flurbereinigungsbehörde
Stark
Amtsleiterin
Amt für Ländliche Entwicklung und Vermessung

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

10. November 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 